

SPD

BONN ● ERICH-OLLENHAUER-HAUS ● OLLENHAUERSTRASSE 1 ● TEL. 53 23 00 ● FS: 088 6306

DATUM: NR.:

Mitteilung für die Presse

7.4.1976 193/76
LSch/vi

Der SPD-Vorsitzende Willy B R A N D T gab dem Bonner Korrespondenten des SÜDWESTFUNKS, Gerd LOTZE, das folgende Interview:

Sperrfrist: 7.4.1976, 19 Uhr

Frage: Wir haben versucht, Herr Brandt, aufzuzeigen, dass die SPD in verschiedenen Regionen des Bundesgebietes tatsächlich in einer Phase der Zersetzung ist. Wie ist das nach Mannheim, dem Parteitag der Solidarität, zu erklären?

Antwort: Ich kann die Kennzeichnung Zersetzung überhaupt nicht gelten lassen. Die SPD ist insgesamt besser bei einander, als das Bild, das von ihr entworfen wird und als die Wirklichkeit, die - das muss ich zugeben - an einigen Orten zu registrieren ist. Aber ich bin alt genug, um mir Zeiten vorstellen zu können, auch nachträglich oder sie mir in Erinnerung rufen zu können, in denen man der SPD umgekehrt vorgeworfen hat, sie sei zu einheitlich, sie sei zu diszipliniert, sie lasse verschiedene Strömungen nicht genügend zur Geltung kommen. Das hat man auch schon alles gehabt. Was wir an Schwierigkeiten in einigen Regionen, wie Sie es nennen, haben, ist immer noch eine Folge, eine hier und da sehr bedauerliche Folge eines generationsmässigen und soziologischen Umschichtungsprozesses. Die SPD hat in einem guten Jahrzehnt einen starken Wechsel ihrer Mitgliedschaft gehabt. Von den gut 600 000 Mitgliedern damals leben noch 300 000, mehr als doppelt so viel sind dazugekommen. Und dies fällt hinein in eine Zeit, in der sich die Leistungsgesellschaft hin nennt. Und dies hat die SPD mit in Anspruch genommen, sie hier und da auch in Schwierigkeiten hineingebracht. Ich bin ganz sicher, dass wir damit fertig werden.

Frage: Ist die Krise der SPD auch eine Krise ihres Vorsitzenden, der den Wandel von der Kanzlerschaft zum Parteivorsitzenden nicht verkraftet hat?

Antwort: Zunächst einmal bin ich nicht der Richtige, mich selbst zu beurteilen und zu charakterisieren. Das muss ich anderen überlassen und überlasse ich getrost auch anderen.

Frage: Aber haben Sie nicht selbst bei sich Schwächen in Ihrem Führungsstil entdeckt?

REDAKTION: LOTHAR SCHWARTZ ● HERAUSGEBER: HOLGER BORNER

Antwort: Es ist wahr, das haben alle Leute gewusst, die mich gewählt haben: Ich bin nicht einer, der es schätzt zu kommandieren. Meine Lebenserfahrung zeigt, dass Überzeugen in aller Regel besser hilft, erstens. Und zweitens: Dass es für eine Partei, wie die SPD, darauf ankommt, sich immer wieder um den gemeinsamen Nenner zu bemühen, für Menschen, die aus verschiedenen Ecken kommen, die aber doch alle auf ein Ziel hin arbeiten. Es gibt Situationen, wo es nicht allein mit dem Überzeugen geht. Aber in aller Regel glaube ich, dass dies die richtige Methode ist.

Frage: Sie haben gesagt, Sie sind nicht der Mensch der kommandieren will. Kommen wir einmal zur Gruppenbildung: Wäre es nicht tatsächlich an der Zeit, Gruppierungen in der SPD zu disziplinieren, wie das vorhin Wolfgang Roth hat anklingen lassen?

Antwort: Ja, das ist so ein Ausdruck: Was heisst disziplinieren? Man kann sich die SPD auch vorstellen - so ist sie früher manchmal gezeichnet worden -, als sei sie eine Art verlängerte preussische militärische Formation. Das ist sie jedenfalls nicht. Sie hat ihre klare Struktur. Gruppierungen verschiedener Art, Strömungen, auch Richtungen wird es immer wieder geben in einer Millionen-Partei. Und wenn gemeint ist mit dem Wort disziplinieren, dass man die Beteiligten zuweilen an die Pflicht zur Einordnung ermahnen muss, sie darauf hinweisen muss, dass sie nicht durch Sonderbündeleien und durch die Pflege von Einzelinteressen das Ganze schwächen und gefährden, dann stimme ich dem zu.

Frage: Sie plädieren nicht für Parteiausschlüsse, sei es auf der linken oder auf der rechten Seite der Partei?

Antwort: Das ist jedenfalls keine Medizin, die ich empfehle, sagen wir einmal als Generalmethode. Nein, es gibt immer einmal wieder Parteiordnungsverfahren, wie wir das nennen, die eingeleitet werden. Wenn ich mir das angucke für die Bezirke, um die es im wesentlichen geht, dann hat es immer wieder auch einmal ein Ausschlussverfahren gegeben. Und wird wohl, so wie die Menschen sind und wie Parteien sind, auch weiterhin so gehen. Aber zu glauben, dass das, was jetzt aus verschiedenen Vorgängen zusammengenommen und dargestellt wird, als handele sich um eine Krise der SPD, dies durch generelle Ausschlüsse regeln zu wollen, das wäre ein Weg, der nicht zum erwünschten Erfolg führte.

Frage: Herr Brandt, wenn wir unter links einmal den Begriff der gesellschaftlichen Veränderung verstehen, wie weit kann man denn auf diesem Gebiet als linke Partei und als Volkspartei gehen?

Antwort: Mit links und rechts ist furchtbar wenig anzufangen, wenn man nicht über Inhalte spricht. Verglichen mit Herrn Strauss bin ich ein betonter Linker. In meiner Partei bin ich ein Mann der Mitte.

Frage: Aber ich meine unter links eigentlich gesellschaftliche Veränderungen. Das heisst also, will die SPD gesellschaftliche Veränderungen, die permanente Reform, weiterführen? Und kommt nicht einmal der Punkt, dass, wenn sie auf diesem Gebiet weitermacht, sie dann nicht mehr Volkspartei ist, weil das in unserem relativ konservativen Volk nicht mehr möglich ist?

Antwort: Ich sehe das ganz anders. Man muss nicht einmal das sozialdemokratische Grundsatzprogramm, das Godesberger Programm, gelesen haben und braucht es sich nicht zueigen zu machen, man braucht nur auszugehen vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wir Sozialdemokraten fassen den Artikel 20, in dem steht, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist, nicht als etwas auf, was eine Situationsbeschreibung sein soll. Das wäre ja auch widersinnig. Die Sozialdemokraten sagen nun in ihrem Programm, wie sie, gestützt auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, dies bewerkstelligen wollen und bemühen sich dafür um Mehrheiten, um die Unterstützung. Ohne Unterstützung der Menschen geht das nicht.

Frage: Muss die Partei dazu unbedingt in der Regierungsverantwortung sein oder kann sie nicht auch, wie das Jochen Steffen gesagt hat, in die Opposition gehen? Und basiert dieser Gedanke vielleicht - und damit auch das, was wir Krise in der SPD nennen - nicht darauf, dass die Partei als Regierung jetzt nichts mehr verwirklichen kann und sich in der Opposition regenerieren soll?

Antwort: Also zunächst einmal entscheiden Parteien in aller Regel nicht selbst darüber, ob sie in der Opposition sein wollen oder in der Regierung. In aller Regel entscheiden darüber die Wähler. Wenn es dann keine klaren Mehrheiten gibt, dann spielt freilich auch nach den Wahlen noch eine Rolle, wie nun Parteien miteinander parlamentarische Mehrheiten bilden können. Nein, Parteien, grosse Parteien zumal, werden in der Demokratie gebildet, bilden sich, entwickeln sich, um politischen Einfluss in der Regierung ausüben zu können. Und das gilt ganz besonders auch für die SPD, die ja Ende des Jahres zehn Jahre in der Bundesregierung sein wird, wenn auch die drei ersten davon als Juniorpartner. Das, was Herr Steffen neulich geschrieben hat, entsprach übrigens nicht ganz genau dem, was in den Agenturmeldungen darüber stand. Er hatte es selbst aber nicht korrigiert, was in den Agenturmeldungen stand. Und das spiegelt verständliche Stimmungen hier und da wieder, dass Opposition auch nicht so schlecht ist. Aber das ist eine Meinung, die ganz ausgesprochenermassen ein Vorstandsmitglied von 36 artikuliert hat. Der Vorstand ist anderer Meinung.

Frage: Wenn wir - Sie haben das Thema schon angesprochen - vom Koalitionspartner sprechen, den sich eine Regierungspartei sucht und suchen muss, rührt vielleicht das, was diese Krise in der SPD ausmacht, nicht daher, dass die Koalitionspartei die SPD zu sehr gezwungen hat, Kompromisse zu schliessen, die der Partei gegen den Strich gingen?

Antwort: Kompromisse sind in der Demokratie, wie im Leben überhaupt, etwas ganz natürliches. Die gibt es nebenbei gesagt auch in einer Partei und dann erst recht zwischen Parteien. Nein, wenn man die Zeit des gemeinsamen Regierens von Sozialdemokraten und Freien Demokraten sich anschaut, dann wird man ja feststellen müssen, dass eine Menge gemacht worden ist: eine bessere Aussenpolitik als sie sonst hätte gemacht werden können; eine bessere Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen und der sozialen Fortentwicklung und auch wo es um die rechtlichen Fragen, die inhaltlichen Fragen unserer demokratischen Staatsordnung geht, können wir uns, verglichen mit anderen Ländern in Europa, immer gut sehen lassen. Dies schliesst nicht aus, dass es Sozialdemokraten gibt,

die sagen, vielleicht hätte man noch etwas mehr erreichen können. Aber die Grundeinsicht in die Notwendigkeit des Kompromisses, die ist weitverbreitet.

Frage: Wäre denn auch eine Koalition mit der CDU, wie sie Helmut Schmidt kürzlich angedeutet hat, für Sie denkbar oder ist das zur Zeit nur eine Art wahltaktisches Manöver?

Antwort: Hat der Bundeskanzler das wirklich so gesagt? Hat er nicht darauf hingewiesen, dass es in der Christlich-Demokratischen Union Personen, Politiker gibt, mit denen er glaubt, dass man gute Gesetze machen könnte? Dem kann man nur beipflichten. Ich habe in Berlin während einer Reihe von Jahren mit der dortigen CDU gearbeitet. Dann ging es von einem bestimmten Punkt ab nicht mehr. Dann habe ich eine Koalition mit der FDP gemacht. Wir haben noch zu Beginn der Kleinen Koalition, der sozial-liberalen Koalition in Bonn, eine Koalition aus Sozialdemokraten und christlichen Demokraten oder in umgekehrter Reihenfolge in Stuttgart gehabt. In den Ländern zumal haben wir ja seit es die Bundesrepublik gibt unterschiedliche Formen des Zusammengehens zwischen den Parteien gehabt. Und niemand wird für alle Zukunft sagen können, wie sich einmal Regierungen der Bundesrepublik insgesamt bilden.

Frage: Herr Brandt, in den letzten Tagen ist viel davon geschrieben worden, vor allem in der Presse einer bestimmten Richtung, dass Willy Brandt durch Helmut Schmidt ersetzt werden soll. Ganz einfache Frage: Was ist da dran?

Antwort: Das wird jedenfalls nicht entschieden von den Zeitungen, die darüber Meldungen machen, sondern Willy Brandt ist Vorsitzender. Es ist bei uns so üblich, Parteitage wählen Vorsitzende und ausserdem sind die Erklärungen, die Helmut Schmidt dazu abgegeben hat, ja jedermann bekannt.

Frage: In Zeiten der Krise, so zeigt Ihr persönlicher politischer Werdegang, verstehen Sie zu kämpfen. Das haben wir sehr oft erlebt. Werden wir auch jetzt wieder einen kämpferischen Willy Brandt erleben?

Antwort: Ja, aber nicht, indem ich über die Stöcke springe, die man mir durch zum Teil wohlfabrizierte Meldungen vorhält, sondern der Kampf, den ich mit meinen Freunden vor mir habe, das ist der, um die Sitzverteilung, die Kräfteverhältnisse im nächsten Deutschen Bundestag. Das ist der Kampf und nicht einer, der in der SPD zu führen ist, sondern der ist zu führen mit der CDU, vor allem mit der CSU: um den weiteren Kurs der Bundesrepublik Deutschland.

---.---.---.---